

It is perhaps not without significance that, domestic debate on Tibet in directions as those suggested by Dr Schmitz notwithstanding, no major state has so far espoused such positions for action of its own in the field of international law. Other considerations have outweighed any willingness to proceed in support of possible Tibetan claims along the lines indicated by the author and this, in turn, may over time reflect on the international legal import of these positions.⁹

China, tossed into modernity of a Western mould, as well as Tibet, which was sucked along the Middle Kingdom's slipstream, suddenly found themselves deprived of the cultural landmarks of their ancient, if changeful, relationship and were forced to find their places on the map of international law which had largely been drawn by others. Building new foundations of coexistence between China and Tibet will probably prove as hard for a Tibetan leader (the incarnation of a living Buddha), who might become a mere regional partner in a secular state, as it will for the leaders of China, accustomed for so long – whether seated on a Dragon Throne or marching in the van of "revolutionary progress" – to the rhetoric of superiority and exclusivity. Lawyerly pleading is no likely avenue towards quickly unravelling the Sino-Tibetan tangle, but future political dealmakers will find their way paved a little more smoothly by previous legal groundwork, and Dr Schmitz's methodical monograph may be taken as a contribution to these preparatory efforts.

Wolfgang Kessler

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 1998

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1998, 339 S., DM 48,-

"Den in der Bundesrepublik verstreut vorhandenen Sachverstand zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des heutigen Indiens im Rahmen eines Indienjahrbuches zusammenzuführen und damit ... ein Forum für Wissenschaftler wie Praktiker zu Gegenseitigen Fragen Indiens zu schaffen" ist die Zielsetzung des Herausgebers Werner Draguhn, Direktor des Hamburger Instituts für Asienkunde.

Die Autoren haben uns den Zugang zu dem aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehen durch das wohlgeordnete Jahrbuch bequem gemacht. Mit umfangreicher Bibliographie, Chroniken innen- und außenpolitischer Ereignisse sowie Statistiken ist ein Handbuch daraus geworden. *Theo Sommer*, Mitherausgeber der "Zeit", gibt einleitend die großen Entwicklungslinien des seit 50 Jahren freien indischen Staates im Inneren und in

⁹ See the remarks, at p. 325 of the work reviewed here, on possible acquiescence through reluctance to actively promote the realisation of self-determination.

seinen Außenbeziehungen wieder. Sommers Satz "In Indien ... ist die Freiheit der Ausgangspunkt für den Aufbruch in die neue Zeit" traf für die demokratische Verfassung seit der Unabhängigkeit zu. Die Wirtschaft wurde aber bis 1991 so stark gegängelt, daß sie sich nur beschränkt entwickeln konnte. Noch jetzt ist das Beharren der traditionellen behördlichen und sozialen Machtcliquen höchst hinderlich.

Im Beitrag von *Joachim Betz* über die Innenpolitik des Jahres 1997, mit Darstellung der Ergebnisse der Wahl zum Unionsparlament Februar/März 1998, wird die Komplexität der demokratischen Prozesse in den Regionalstaaten und vor allem der Union verwirrend anschaulich. Seitdem die große alte Congresspartei, die ihr Prestige aus dem Freiheitskampf und von dessen Führern bezog, durch Nehrus Tochter Indira Gandhi und ihre Söhne eher zersetzt als gepflegt wurde, fehlt Indien eine einigende politische Kraft.

Die Entwicklung des indischen Parteiensystems zeichnet *Christian Wagner* nach: Von der britischen Kolonialzeit über die fast fünf Jahrzehnte prägende Congresspartei bis zur jetzt die Regierung führenden Bharatiya Janata Partei (BJP). Er zeigt die vielfachen Interessenüberschneidungen aus Kaste, Religion, regional wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten, gemischt mit hemmungslosen, zum Teil kriminellen persönlichen Macht- und Geldbedürfnissen. Entstehungsgründe und politische Handlungsmöglichkeiten der BJP nach ihrem Wahlsieg 1998, die Hindu-Religion und indische Nation gleichsetzen will, macht *Clemens Jürgenmeyer* in dem Beitrag "Die indische Union als Hindunation?" eindrücklich transparent. "Der politische Wettbewerb um die Macht im Staat nahm (im Laufe der Jahrzehnte nach 1947) zu, der Kampf um die Stimmen einzelner Gruppen und Minoritäten intensivierte sich. Neue Parteien, die in Opposition zum Congress standen, formierten sich, gewannen mehr und mehr an Gewicht und vertraten offensiv die Forderungen ihrer Klientel" (S. 65). Die indischen Muslime verdienten viel Geld in den arabischen Staaten, sie errichteten Koranschulen und neue Moscheen. In Südindien gab es spektakuläre Übertritte zum Islam. Auch solche Vorgänge lieferten Politikern aus dem Lager der Hindu-Fanatiker, die schon 1948 Mahatma Gandhi ermorden ließen, Propagandamaterial, um die indische Nation für den Hinduismus zu beanspruchen. Sie hatten Erfolg gerade bei den modernisierten, vorwiegend städtischen Mittelschichten, deren geordnete, gewohnte Lebenswelt sich auflöst und dadurch "den Wunsch nach Solidarität und Gemeinsamkeit der Werte und Normen entstehen" läßt (S. 74). Religiöse Gefühle und Mythen werden politisch instrumentalisiert, die Moslems diabolisiert, die Zerstörung einer Moschee auf einem früher den Hindus heiligen Ort als nationales Ziel deklariert usw. Noch aber ist die BJP mit 177 Sitzen im Unionsparlament (Congresspartei 140 Sitze) auf Koalitionspartner angewiesen, die den fanatischen Hindukurs nicht unterstützen. Die positive Resonanz der indischen Öffentlichkeit auf den Atombombentest im Frühjahr 1998 zeigt, daß nicht nur der Hinduismus als Vehikel nationalistischer Politik in Frage kommt.

Carl-Andreas von Stenglin behandelt Indiens Außenpolitik 1997/98 und sieht außer dem Wunsch nach einer "Rolle in der globalen Arena, die der Größe und Stärke Indiens entspricht" und einer Betonung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung in der Beziehung zu den Nachbarländern keine wesentlichen Abweichungen zu früheren Regierungen,

SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation) und ein besseres Verhältnis zu Pakistan sollen weiter gepflegt werden. Von Stenglin geht auf die Beziehung Indiens zu allen wichtigen Staaten und -gruppen ein. Ausführlich stellt er die Zusammenarbeit mit Deutschland dar, wo die Deutsch-Indische Gesellschaft 3.000 Mitglieder hat und mit Zweigverbänden in 26 deutschen Städten die bilateralen Beziehungen pflegt. In Indien gebe es 62 deutsch-indische Kulturgesellschaften (!).

Mit der Überschrift "Indien und Pakistan: entfernte Nachbarn, nützliche Feinde, Wirtschaftspartner?" umreißt *Wolfgang-Peter Zingel* diese politische Vulkanregion. Die Vereinten Nationen hätten berechnet, daß Indien im Jahre 2050 China in der Bevölkerungszahl überholen werde und Pakistan dann an dritter Stelle in der Welt liege.

Der frühere deutsche Botschafter in Indien, *Hans-Georg Wieck*, vervollständigt die außenpolitische Übersicht mit einer Betrachtung "Indien mit den Augen des Westens". Wieck zeichnet unter anderem die Linien der schwierigen 50 Jahre amerikanisch-indischer Außenpolitik nach. Die früher von Herder begonnene, von vielen Dichtern und der deutschen Indologie weitergeführte Aufgeschlossenheit Deutschlands für Indien wird mit der voreingenommenen gegenwärtigen Berichterstattung führender deutscher Zeitungen kontrastiert: "Erst die Liberalisierung der indischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1991 leitet eine neue Phase einer ausgewogenen Berichterstattung ein" (S. 166).

In drei Beiträgen kommt die Wirtschaftsentwicklung zur Darstellung. *Alexander Stedfeld*, der dritte an der deutschen Botschaft in Delhi tätig gewesene Autor, erörtert die gegenwärtige Wirtschaftslage und -politik. *Dietrich Kepschull* geht detailliert mit vielen nützlichen statistischen Übersichten auf die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen ein. *Hans Christoph Rieger* untersucht, was indische Liberalisierungspolitik seit ihrem Beginn 1991 an Ergebnissen erreicht hat und was weiter zu tun ist. Ausländische Beobachter sind sich einig, daß Indien mit der Liberalisierung entscheidende positive Schritte zur Integration in die Weltwirtschaft und hin zu mehr Marktorientierung unternommen hat. In Indien selbst gibt es noch viele negative Stimmen, die am gewohnten System der staatlichen Lenkung hängen. Die BJP, seit März 1998 Führer einer 13-Parteien-Koalition, gewann ihre Stimmen mit Wahlversprechen, die eigentlich keine Wiederbelebung des Reformprozesses im Sinne einer weiteren Öffnung zu den Weltmärkten hin erwarten lassen.

Wie groß das Potential des Marktes Indien bereits ist, zeigt die Analyse von *Sushila Gosalia* über den indischen Mittelstand: 65 Millionen seien als Mittelstand im europäischen Sinne und 300 Millionen als Mittelstand nach indischen Maßstäben anzusehen, letztere allerdings finanziell noch wesentlich auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse konzentriert.

Zwei Aufsätze über Armut (*Luise Rürup*) und soziale Sicherung in Indien (*Beate Kruse*) stellen die wichtige Zielmarke der Wirtschaftspolitik heraus, nämlich genug Finanzmittel und Beschäftigung zu schaffen, um Armut und soziale Bedürftigkeit zu beseitigen. Indien produziert ausreichende Mengen Lebensmittel, um theoretisch alle Einwohner zu ernähren, aber viele Millionen von ihnen sind zu arm, um sich angemessen versorgen zu können – vom Zugang zu Ausbildung und anderen Aspekten von Chancengleichheit ganz zu schwei-

gen. Es gibt viele nationale und internationale Programme und Privatinitiativen, diese ungeheuren Aufgaben zu lösen. Doch Selbstorganisation und Selbsthilfe sind noch selten und schwach. Nach Schätzung des ermordeten ehemaligen Premiers Rajiv Gandhi kommen nur 15 % der finanziellen Ressourcen den Zielgruppen tatsächlich zugute (Rürup, S. 259), und der Prozentsatz ist nach Aussage eines damals Beteiligten noch geschönt. Der "Rest" verschwindet in falschen Taschen und bleibt in der Bürokratie hängen. Ebensovienig gibt es einen umfassenden staatlichen organisierten Schutz vor schlechten oder unsicheren Lebensverhältnissen. "Nur ein Bruchteil der Erwerbstätigen verfügt über ein formelles Beschäftigungsverhältnis und ein festes Einkommen, in deren Rahmen regelmäßige Beiträge an Sozialversicherungen abgeführt werden können. Bei geringen und unsicheren Einkommen bleibt wenig Spielraum für die individuelle Daseinsvorsorge und Risikoabsicherung" (Kruse, S. 276). Es seien jedoch Schritte gemacht worden, um eine gewisse soziale Sicherheit bei besonders Schutzbedürftigen zu schaffen.

Zum Abschluß skizziert *Michael von Hauff* Umweltprobleme und Umweltpolitik in Indien. Die natürliche Grundlage für Bevölkerung, Politik und Wirtschaft verschlechtert sich in dramatischem Maße. Mit der geographischen Fläche, auf der 1956 noch 350 Millionen Menschen lebten, müssen heute 950 Millionen auskommen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche verringert sich durch Übernutzung, die Aufforstung kommt kaum voran. Das Wasser ist weithin qualitativ desolat und in vielen Regionen knapp. Nur 36 von 3.245 großen und mittleren Städten haben Abwasserreinigungsanlagen. Die Luftbelastung ist besonders in den Großstädten katastrophal. Aber das Umweltbewußtsein entwickelt sich zunehmend. 1986 wurde ein Environment Protection Act erlassen. Indien unterhält im Bereich des Umweltschutzes vielfältige wissenschaftliche, umweltpolitische und privatwirtschaftliche Kooperationen, die oft in konkrete Programme und Projekte einmünden. Dies gilt nach von Hauff auch für die deutsch-indische Zusammenarbeit im Umweltbereich.

Die kurze Aufzählung des Inhalts von "Indien 1998" zeigt das von den Beiträgen abgedeckte Spektrum der gegenwärtigen Lage des großen Union-Staates in Südasien. Der Band ist bis auf wenige offensichtliche Fehler (S. 174, 249, 285) auch sorgfältig redigiert.

Vergegenwärtigt man sich die vieltausendjährige Geschichte dieser Region, ihre kulturgeschichtlichen Großtaten, ihre jetzige Bevölkerungszahl und wachsende wirtschaftliche Kraft, so lohnt sich intensive Beschäftigung mit diesem Land. Dazu liefert Draguhn's Jahrbuch einen guten Zugang.

Armin Albano-Müller